



Bern, 27. Mai 2015

Medienmitteilung

Der Weltenergierat fordert eine ambitionöse, aber flexibel gehandhabte Reduktion der CO2-Emissionen

Im Hinblick auf den Weltklimagipfel von Ende Jahr in Paris finden derzeit verschiedene Vorbereitungstreffen auf hoher Ebene statt, insbesondere in Mérida (Mexiko) und in Bonn. Der Weltenergierat publiziert zeitgerecht seine neueste Erhebung bei 2500 Führungskräften der Energieszene.

Aufgabe der Energie- und Klimapolitik ist es, die weitgehend widersprüchlichen Zielsetzungen von Energieversorgungssicherheit, sozialer Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit im Gleichgewicht zu halten und keine der drei Aufgaben einseitig zu entwickeln. Der Schweiz ist dies bisher aus Sicht des Energierates – auch im internationalen Vergleich – besonders gut gelungen. Nachdem nun aber die erneuerbaren Energien einen beträchtlichen Umfang zur Stromproduktion beitragen, gilt es, die marktverzerrenden Subventionen möglichst rasch wieder abzubauen und durch marktnähere Instrumente wie Lenkungsabgaben zu ersetzen. Der Weltenergierat fordert ein einziges ambitioniertes Reduktionsziel für die CO₂-Emissionen. Dieses Ziel darf nicht gleichzeitig durch weitere Zielsetzungen für einen festgeschriebenen Anteil der erneuerbaren Energien oder durch vorgeschriebene Effizienzziele erschwert werden. Ausserdem ist die Erreichung des Reduktionsziels durch flexible Massnahmen zu erleichtern. Denn eine einzige, flexibel gehandhabte Zielsetzung ist besser und erbringt hochwirksame Ergebnisse.

In unserem Land haben neben dem Emissionshandel die schweizerischen Vorzeigebispiele des Klimarappens und der Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) gezeigt, dass die Möglichkeit, sich durch strikt vereinbarte Verpflichtungen zu Emissionsminderungen von Abgaben zu befreien, wesentlich zum Erreichen der von der Schweiz gesetzten Klimaziele beitragen kann.

Bis Mitte Mai haben 38 Staaten ihre Ziele für die Absenkung ihres CO₂-Ausstosses bekanntgegeben, die Schweiz als erstes Land – mit einem Absenkziel bis 2030 von 50 Prozent gegenüber 1990, wovon 20 Prozent im Ausland realisiert werden können. Die Energiekommission des Nationalrates möchte diesen Anteil auf 50 Prozent erhöhen, um eine flexiblere Handhabung und damit eine zukunftsgerichtete Umsetzung zu ermöglichen.

Mit Blick auf die anstehenden internationalen Verhandlungen scheint Paris trotz zunehmend schlechteren CO₂-Bilanzen in Europa unter einem guten Stern zu stehen, weil neben der EU insbesondere auch die USA und China zu einem Abkommen bereit sind. Dennoch müssen allzu grosse Hoffnungen gedämpft werden, denn noch sind viele Probleme – an erster Stelle die Finanzierung – nicht gelöst. Ein wenig Zeit für spätere Einigungen bleibt, da das neue Regime ohnehin erst 2020 in Kraft treten soll. Paris soll ein vertrauensbildender Zwischenschritt werden, der auch regionalen Eigenheiten der Energie- und Klimapolitik gerecht wird.

Wichtig ist, dass der Weltklimagipfel von Paris zu einer Vereinbarung kommt, die einfach und überprüfbar ist. Um aber Erfolg erzielen zu können und um die global verbreitete Unsicherheit über die künftigen Rahmenbedingungen zu beseitigen, muss das Abkommen von den Ministern für Umwelt, für Energie und für Handel einvernehmlich getragen werden können. Denn wer ambitionierte Klimaziele propagiert, muss sich auch der Konsequenzen in allen Politikbereichen bewusst bleiben. Dazu listet der Weltenergieerat prioritäre Massnahmen auf:

1. Zur Vermeidung von Handelsverzerrungen und Standorteinbussen ist ein möglichst einheitlicher und verbindlicher CO₂-Preis erforderlich.
2. Dies bedingt aber auch – insbesondere in Entwicklungsländern –, dass Güter und Dienstleistungen frei zirkulieren können und der Technologietransfer nicht durch Verwaltungsbarrieren verhindert wird.
3. Zusammen genommen wird dies die bestehende Unsicherheit der Marschrichtung der Energie- und Klimapolitik vermindern, was es der Finanzbranche ermöglichen müsste, die weltweit beobachtete Blockierung von Finanzmitteln für Energieinfrastrukturen aufzuheben.
4. Zur Erhöhung der Energieversorgungssicherheit sind aber nicht nur produktionsseitige Massnahmen ins Auge zu fassen, sondern vermehrt auch eine nachfrageseitige Steuerung des Energiebedarfs.
5. Schliesslich erfordern Innovation sowie Forschung, Entwicklung und Demonstration auch weiterhin eine starke Förderung, wenn möglich in Zusammenarbeit von staatlichen und privaten Akteuren.

Klare Politikvorgaben, flexible Anpassung zur Respektierung von regionalen Unterschieden und ein verstärkter Dialog zwischen Politik, Wirtschaftsführern und Finanzbranche können Erfolge in den vom Weltenergieerat identifizierten prioritären Handlungsfeldern herbeiführen. Damit sind zugleich die Voraussetzungen geschaffen, dass Energieversorgungssicherheit, soziale Gerechtigkeit und Umwelt- und Klimaverträglichkeit ausgewogen vorgebracht werden können.

Der Weltenergierat – Hinweis für die Redaktionen

Der 1923 gegründete Weltenergierat (World Energy Council, WEC) ist mit über 3000 Mitgliederorganisationen in über 90 Ländern die führende globale Nichtregierungsorganisation (NGO) für Energiefragen. Die Besonderheit der Arbeiten des Weltenergierates liegt – gestützt auf ein dichtes Netzwerk von Führungskräften und Personen aus der Praxis – im Bottom-up-Ansatz bei der Erarbeitung seiner Grundlagen.

Der Schweizerische Energierat (www.worldenergy.ch) ist das nationale Mitgliederkomitee des WEC.

Der «2015 World Energy Trilemma Report» wird am 27. Mai 2015 während des sechsten Clean Energy Ministerial Treffens in Mérida (Mexiko) vorgestellt.

»[Überblickseite zum 2015 World Energy Trilemma Report \(englisch\)](#)

Anhang zur Medienmitteilung:

- 2015 World Energy Trilemma Report
- Folienpräsentation
- Infographik

Medienkontakt:

Schweizerischer Energierat

Wolfgang Kweitel

Tel. 031 388 82 83

info@worldenergy.ch